



Nr. 37/ 3.7.2015



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen,
liebe Parteifreunde,

wie in jeder Sitzungswoche des Deutschen Bundestages berichte ich Ihnen auch heute über die aktuellen politischen Geschehnisse aus Berlin. Ferner gebe ich Ihnen einen Einblick in meine Arbeit und meinen Einsatz für Mannheim in Berlin. Jederzeit können Sie auch einen Überblick über meine politische Arbeit auf meiner Homepage oder auf meiner Facebookseite gewinnen.

Es grüßt Sie sehr herzlich

Ihr

HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. Situation nach dem Auslaufen der Finanzhilfen für Griechenland
2. Sterbebegleitung
3. Zusammenarbeit im Bereich des Verfassungsschutzes
4. Relevantes aus Mannheim

1. Situation nach dem Auslaufen der Finanzhilfen für Griechenland

Werte und Grundprinzipien der Europäischen Union

Am Mittwoch diskutierten wir im Plenum des Deutschen Bundestags die Situation in Europa, nachdem das zweite Hilfsprogramm für Griechenland ergebnislos ausgelaufen ist. Europa fußt auf Vertrauen und Solidarität und lebt davon, auch in schwierigen Situationen Kompromisse zu finden. Werte und Grundprinzipien dürfen dabei nicht verloren gehen, das haben die Europartner deutlich gemacht. Wir sind gegen ein Scheitern des Euro. Unser Ziel bleibt zudem, aus jeder Krise gestärkt herauszufinden. Solidarität und eigene Anstrengungen sind das Fundament, auf dem wir gemeinsam handeln. Auch Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble MdB verdeutlichte dies in seiner Rede vor dem Parlament. Die „Euro-Gruppe steht bereit, um, wo immer wir können, zu helfen. – Zunächst muss aber in Griechenland die Entscheidung darüber getroffen werden, was sie wollen. Dann müssen wir Lösungen finden, die seriös und tragfähig sind, [...] sonst zerstören wir die Glaubwürdigkeit des europäischen Projekts. [...]. Deswegen verteidigen wir Europa, wenn wir sagen: Wir müssen die Grundlage für neues Vertrauen schaffen, das wir von niemandem einseitig zerstören lassen können“, so Schäuble.

2. Sterbebegleitung

In erster Lesung berieten wir am Donnerstag im Plenum die Gruppenentwürfe zur Neuregelung der Sterbebegleitung. Dazu liegen fraktionsübergreifend erarbeitete Entwürfe vor, die wir nach der Debatte zur weiteren Beratung in die Ausschüsse überweisen wollen. Die Vorschläge reichen von einem völligen Verbot bis hin zu einer geregelten Freigabe von Beihilfe zum Suizid. Hilfe zur Selbsttötung ist in Deutschland bislang nicht strafbar. Petra Sitte MdB von der Partei Die Linke und Renate Künast MdB von Bündnis 90/Die Grünen fordern bis zu drei Jahre Gefängnis für jeden, der Sterbehilfe leistet, um damit Geld zu verdienen. "Das ist die gewerbsmäßige Hilfe. An der Stelle sagen wir Nein. Aber auch nur da", so Künast. "Das heißt: Ärzte, die sich ihre Unkosten erstatten lassen, und Vereine, die Unkosten erstatten lassen, dürfen wie bei der bisherigen Rechtslage weiterhin straffrei Beihilfe leisten“, so Künast weiter. Das ist auch das Ziel des Gesetzentwurfs von Bundestagsvizepräsident Peter Hintze MdB. Er möchte es Ärzten ausdrücklich erlauben, unheilbar kranken Patienten beim Suizid zu helfen. "Das Arztrecht, das Standesrecht ist da sehr unterschiedlich", sagte Hintze. "Und da haben wir seltsame Regelungen: In Bayern ist es erlaubt, in Berlin ist es verboten nach dem Standesrecht." Der dritte Gesetzentwurf kommt von einer überfraktionellen Gruppe um den CDU-Abgeordneten Michael Brand MdB. "Wir wollen nur in dem Fall einen Riegel verschieben, wo es um geschäftsmäßig assistierten Suizid geht", so Kerstin Griesse MdB von der SPD. Aber auch Ärzte, die mehreren Patienten beim Suizid helfen, sollen das nach dem Willen von Griesse und weiteren Antragsstellern in Zukunft nicht mehr tun dürfen. Dieser Gesetzentwurf wird unter anderem von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB unterstützt. Merkel sagte vor zehn Tagen bei der Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises von CDU und CSU: "Lebensfreude kann man auch haben, wenn man schwach ist. Und wir sollten sehr sehr vorsichtig sein, irgendwie zu definieren, ab wann irgendetwas nicht mehr menschenwürdiges Leben ist." Prof. Patrick Sensburg MdB

will gemeinsam mit Thomas Dörflinger MdB die Suizidassistentz verbieten und plädiert für ein generelles Verbot der Sterbehilfe.

3. Zusammenarbeit im Bereich des Verfassungsschutzes

Gesetz zur Verbesserung der Zusammenarbeit im Bereich des Verfassungsschutzes

Mit dem in zweiter und dritter Lesung beratenen Gesetz sollen wesentliche Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses umgesetzt werden. Die Zentralstellenfunktion des Bundesamtes für Verfassungsschutz wird gestärkt, indem die Landesämter unterstützt und die Zusammenarbeit koordiniert und alle relevanten Informationen im gemeinsamen Verbundsystem NADIS zusammengeführt werden. So wird der Entstehung von Informationsinseln vorgebeugt. Mit den Abfrage- und Zugriffsregelungen sowie der Vollprotokollierung werden die Datenschutzbelange berücksichtigt. Darüber hinaus wird ein klarer Rahmen für den weiterhin möglichen Einsatz von V-Leuten zur Informationsgewinnung gesetzt, indem etwa Kriterien für zulässiges „szenetypisches Verhalten“ oder den Einsatzbereich festgelegt werden.

4. Relevantes aus Mannheim

Projektbeirat für Güterverkehr

Ich begrüße den Vorschlag von Peter Rosenberger, in Mannheim einen Projektbeirat nach dem Vorbild der Rheintalbahn einzurichten. Es ist richtig und wichtig, den Lärmschutz als Gesundheitsschutz ernst zu nehmen und, wo möglich, den Güterverkehr um Wohngebiete herum oder unter diesen hindurch zu führen. Aber es ist fast noch wichtiger, Lösungsansätze direkt mit den betroffenen Bürgern und den vorhandenen Bürgerinitiativen zu diskutieren. Ich bearbeite dieses Thema aktiv seit vielen Jahren und weiß, wie komplex die Zuständigkeiten und wie lang manchmal die Kommunikationswege sind. Daher halte ich es auch in Mannheim für unabdingbar, einen Projektbeirat unter Einbeziehung aller Akteure einzurichten.

Woche der Umwelt 2016 – Bewerbungsstart für Aussteller

Mannheimer Unternehmen, Institutionen und Projekte sind zur Bewerbung um einen der rund 170 Ausstellungsplätze bei der Woche der Umwelt aufgerufen. Bundespräsident Joachim Gauck lädt dabei in Kooperation mit der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) die besten und innovativsten Umwelt- und Nachhaltigkeitsprojekte in den Park von Schloss Bellevue ein. Damit wird die Tradition der Woche der Umwelt fortgeführt, die im nächsten Jahr bereits zum fünften Mal stattfinden wird.

Interessenten erhalten nähere Informationen unter www.woche-der-umwelt.de und können sich dort auch direkt um einen der begehrten Ausstellungsplätze bewerben.

Woche des bürgerschaftlichen Engagements

Alle Mannheimerinnen und Mannheimer sind aufgerufen, sich an der 11. Woche des bürgerschaftlichen Engagements vom 11. bis 20. September 2015 zu beteiligen. Unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Joachim Gauck und mit Förderung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend lädt das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement dazu ein, den Fokus eine Woche lang auf die mehr als 23 Millionen Ehrenamtlichen zu lenken, die sich in Deutschland in Initiativen, Vereinen, Verbänden, Unternehmen und staatlichen Institutionen freiwillig engagieren.

Projekte, innovative Ideen und Aktionen aus allen Themenbereichen können in diesem Zeitraum mit Veranstaltungen auf sich und ihre Arbeit aufmerksam machen. Die Akteure vor Ort sind dabei die eigentlichen Macher, denn sie füllen den Rahmen der Aktionswoche mit Leben.

Ich würde mich freuen, wenn auch die zahlreichen Ehrenamtlichen in Mannheim mit der einen oder anderen Veranstaltung auf ihre Arbeit aufmerksam machen würden. Gerade im sozialen Bereich und im Bereich der Jugendarbeit, im Bereich der Integration, aber auch verstärkt mit Bürgerinitiativen zu den unterschiedlichsten Themen sind die Mannheimerinnen und Mannheimer ehrenamtlich unterwegs und es wäre schade, wenn dieses bunte und engagierte Mannheim sich in der Aktionswoche nicht wiederfinden würde.

Informationen sind unter <http://www.engagement-macht-stark.de/> erhältlich – dort können Veranstaltungen auch direkt in den Engagementkalender eingepflegt werden.

Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf. Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an:

*Prof. Dr. Egon Jüttner MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 / 227 – 722 91
E-Mail: egon.juettner@bundestag.de
Internet: www.egon-juettner.de*